

Interview

Der Mix macht's

[29.10.2026] Digitale Souveränität setzt offene Schnittstellen, interoperable Systeme und Wahlmöglichkeiten voraus. Im Kommune21-Interview erläutert Andreas Hibbeler, Chief Technology Officer bei MACH, welche Rolle Open Source und der Deutschland-Stack dabei spielen.

Herr Hibbeler, der Begriff digitale Souveränität wird derzeit häufig verwendet. Was bedeutet er für MACH konkret?

Digitale Souveränität betrifft zum einen MACH selbst. Wir wollen entlang unserer Produktionsketten souverän bleiben und bei den eingesetzten Werkzeugen Wahlmöglichkeiten haben. Zum anderen sehen wir das Thema sehr stark bei unseren Kunden im öffentlichen Sektor – von den Kommunen bis zu den Behörden auf Landes- und Bundesebene. Dabei geht es vor allem um Datenhoheit. Verwaltungen müssen wissen, wo ihre Daten liegen, welche Compliance-Regeln gelten, wo sich die Rechenzentren befinden und wie sie auf ihre Daten zugreifen oder diese löschen können. Aber auch bei der Technologie wird die Wahlfreiheit wichtiger. Wir werden beispielsweise zunehmend gefragt, ob sich neben Microsoft-Systemen auch andere Lösungen anbinden lassen. Digitale Souveränität bedeutet also nicht, bestimmte Technologien grundsätzlich zu vermeiden. Es geht darum, Alternativen zu haben.

Wie zeigt sich dieser Anspruch bei MACH im Alltag – von der Entwicklung bis zum Betrieb der Software?

MACH entwickelt seit rund 40 Jahren Software für den öffentlichen Sektor. Die Anforderungen unserer Kunden haben unsere Entwicklungs- und Produktionsprozesse entsprechend geprägt. Wir setzen beispielsweise auf Technologien und Komponenten aus dem Open-Source-Umfeld. Neuere Systeme entwickeln wir auf Java-Basis und nutzen etwa Tomcat. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, unsere Produktionsketten selbst zu beherrschen. Wir entwickeln in Deutschland und haben direkten Zugriff auf unsere Teams. Das bedeutet konkret: Es gibt keine Offshore-Teams und keine ausgelagerte Kernentwicklung – Architektur und Weiterentwicklung bleiben im Haus. Externe Dienstleister setzen wir punktuell ein, aber nicht an den Stellen, die über die Zukunftsfähigkeit unserer Produkte entscheiden. Auch der Support läuft über eigene Teams in Deutschland: Bei einer Support-Anfrage greift kein Dienstleister aus einem Drittland auf Kundendaten zu. Beim Betrieb setzen wir auf deutsche Rechenzentren und europäische Lösungen, um die entsprechenden Compliance-Anforderungen erfüllen zu können.

Gerade Kommunen setzen zahlreiche unterschiedliche Fachverfahren ein. Wie lassen sich digitale Souveränität, Offenheit und Interoperabilität miteinander vereinbaren?

Im kommunalen Bereich ist die IT-Landschaft besonders vielfältig. Es gibt Hunderte Fachverfahren, die gewissermaßen die Produktionsinfrastruktur der Kommunen bilden. Deshalb sind Interoperabilität und Offenheit entscheidend. Digitale Souveränität setzt Entscheidungsfreiheit voraus. Behörden und Kommunen müssen zwischen Werkzeugen und Services wählen können. Dafür müssen die Systeme miteinander kommunizieren können. Ich halte nichts davon, wenn sich der Markt so stark konsolidiert, dass immer weniger Anbieter übrig bleiben. Gerade mittelständische Anbieter tragen dazu bei, Vielfalt und Wettbewerb zu erhalten.

„Wir stoßen derzeit viele Entwicklungen an, die in die richtige Richtung gehen.“

Mit dem Deutschland-Stack entsteht ein neuer Ansatz für die behördenübergreifende Digitalisierung. Welche Chancen sehen Sie darin?

Ich finde den Ansatz sehr spannend. Mit dem Deutschland-Stack soll ein Baukasten entstehen, der über die föderalen Ebenen hinweg eingesetzt werden kann. Auf gemeinsamen Komponenten können Fachverfahren, Services und Produkte aufsetzen. Damit erhalten wir wiederverwendbare Bausteine und ähnliche Schnittstellen. Es wird einfacher, entsprechende Interfaces bereitzustellen. Gleichzeitig entsteht mehr Klarheit darüber, wie Systeme künftig aufgebaut sein sollen.

Open Source gewinnt in der öffentlichen Verwaltung an Bedeutung. Warum ist dieser Ansatz gerade im Behördenumfeld wichtig?

Open Source kann aus meiner Sicht drei Dinge leisten: die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern verringern, Software prüfbar machen und eine bezahlbare Weiterentwicklung und Nachnutzung ermöglichen. Im öffentlichen Sektor geht es dabei immer auch um Steuergeld und Transparenz. Deshalb passt Open Source sowohl zum Deutschland-Stack als auch zu den Ansätzen, die wir bei kommunalen Fachverfahren sehen. Entscheidend ist allerdings, welche Modelle dahinterstehen. Open-Source-Lösungen müssen entwickelt und dauerhaft gepflegt werden. Dafür braucht es tragfähige Geschäftsmodelle, beispielsweise über Services und Support.

MACH entwickelt inzwischen selbst Open-Source-Lösungen. Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

Unsere Erfahrungen sind bislang positiv, auch wenn wir beim breiteren Einsatz noch am Anfang stehen. In Gesprächen mit Kommunen, Behörden und IT-Abteilungen erleben wir eine positive Resonanz. Der Wunsch, nicht von proprietären Systemen abhängig zu sein und mehr Flexibilität zu gewinnen, ist deutlich vorhanden. Jetzt geht es darum, geeignete Formate und Geschäftsmodelle zu schaffen. Ein Rahmenvertrag mit Dataport gibt uns beispielsweise die Möglichkeit, entsprechende Lösungen anzubieten. Wir sammeln derzeit Erfahrungen, weitere Pilotprojekte werden folgen. Dann werden wir sehen, wie die Angebote im Markt angenommen werden.

Welche Rolle kann die Nachnutzung von Open-Source-Komponenten dabei spielen, die Verwaltungsdigitalisierung zu beschleunigen?

Nachnutzung ist ein wichtiger Ansatz. Wie groß der Hebel tatsächlich sein wird, muss sich zeigen. Es fließt aber viel Geld in die Verwaltungsdigitalisierung. Deshalb sollten wir genau prüfen: Was lässt sich nachnutzen und was muss individuell entwickelt werden? Bei grundlegenden Bausteinen wie Identität, Bezahlung, Postfach oder Dokumentenverwaltung sehe ich großes Potenzial. Solche Komponenten könnten teilweise über föderale Grenzen hinweg bereitgestellt und genutzt werden. Darauf können dann spezifische Fachverfahren aufsetzen. Gleichzeitig brauchen wir durchgängige Schnittstellen und Kommunikationswege von der Bundes- über die Landes- bis zur kommunalen Ebene.

Wenn wir fünf Jahre vorausblicken: Wie sieht eine digital souveräne öffentliche Verwaltung aus – und welchen Beitrag möchte MACH dazu leisten?

Ich bin optimistisch. Wir stoßen derzeit viele Entwicklungen an, die in die richtige Richtung gehen – von der Infrastruktur und den Rechenzentren über den Deutschland-Stack bis zu den Vorhaben des

Digitalministeriums. Wenn wir diesen Weg weitergehen, können wir eine deutlich höhere Interoperabilität erreichen. Gleichzeitig wird sich der Markt weiter von klassischen Softwareprodukten hin zu Softwarelösungen und Software-Services entwickeln. Für die Verwaltungen sollte das bedeuten, dass sie sich künftig weniger selbst um Schnittstellen und technische Interoperabilität kümmern müssen. Das übernehmen dann Softwareanbieter wie MACH oder andere IT-Mittelständler und andere Dienstleister. Und wenn es uns gelingt, diese Interoperabilität sicherzustellen, können wir alle zusammen die Verwaltungsdigitalisierung schneller und stabiler voranbringen. Denn eine digital souveräne Verwaltung braucht Anbieter, die beides können: Verwaltungsfachlichkeit und offene, interoperable Technik – und die außerdem in Deutschland entwickeln und betreiben.

()

<https://www.mach.de/de>

Dieser Beitrag ist in der Ausgabe Oktober 2026 von Kommune21 erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Digitale Identität, MACH, Deutschland-Stack, Open Source